

Eintracht in den Alpen

10. Februar 2009 | 16:25 | |

Sillian. Die Koalition beschloss bei ihrer Klausur Wohltaten für Kassen, Kinder und Kirchen. Große Reformen wurden verschoben.

Montagabend befand sich die Regierung auf dem bisher höchsten Niveau seit ihrer Angelobung. Denn nach einem traditionellen Empfang durch Blasmusik und Schützensalven auf dem Sillianer Dorfplatz zeigte die Osttiroler Marktgemeinde, was sie zu bieten hat: Mit der Seilbahn wurde die Regierung, die sich in Sillian zur Klausur eingefunden hatte, bei sternklarem Himmel über traumhafte Tiefschneepisten auf 2000 Meter Höhe zur Hüttengaudi transportiert. Dort wurde auch klar, dass sich der Ruf, eine Kuschelregierung zu sein, hartnäckig hält. Die Sillianer schenkten Kanzler und Vizekanzler kuschelige Decken. Minister und Staatssekretäre erhielten Ruhekissen.

Die Kuscheldecken zeigten Wirkung: Dienstag früh traten Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und sein schwarzer Vizekanzler Josef Pröll in alter Harmonie auf, um eine Einigung zu Steuerreform und zur Finanzierung der maroden Kassen zu präsentieren. Am Montag hatte es noch Reibereien gegeben. Nun habe man das Gemeinsame vor das Trennende gestellt, betonte Faymann am Dienstag.

Das hat vor allem Auswirkungen für die mit 1,2 Milliarden Euro verschuldeten Krankenkassen, für die ein Erste-Hilfe-Paket geschnürt wurde – zusätzlich zu den schon im Regierungspakt vereinbarten 450 Mill. Euro ab kommenden Jahr für die schrittweise Entschuldung. Darin enthalten ist ein neuer Fonds, der den Kassen Geld gibt. Allerdings nur gegen Reformen. „Es gibt kein Geld aus öffentlichen Töpfen ohne Reformen“, sagte Pröll, der als Finanzminister gemeinsam mit Gesundheitsminister Alois Stöger die Hand auf dem neuen Topf hat.

Stöger hatte eine noch am Wochenende eine wesentlich großzügigere Lösung gefordert. Er hatte dafür plädiert, kassenfremde Leistungen wie das Wochengeld für Mütter oder das Krankengeld für Arbeitslose nicht mehr aus Kassentöpfen zu begleichen. Das hätte den Kassen eine Ersparnis von Mill. Euro pro Jahr gebracht.

Gesundheitsreform später

Um die Kassen liquid zu halten, wird Pröll mit Stöger aushandeln, wie viel Geld noch heuer fließen soll. „Es wird sicher kein dreistelliger Millionenbetrag sein“, sagte Pröll. Er geht von 30 bis 50 Mill. Euro aus.

„Wir haben heute nur einen kleinen Baustein beschlossen“, betonte Pröll im Hinblick auf eine groß angelegte Gesundheitsreform, die auch die Spitalserhalter und folglich auch die Länder einbeziehen muss. Man könne von einer Regierung nicht erwarten, dass sie eine derart große Reform schon in den ersten drei Monaten ihres Bestehens zu Stande bringe, sagte Faymann. Schließlich seien sämtliche Vorgängerregierungen an einer umfassenden Gesundheitsreform gescheitert. Faymann kündigte einmal mehr die Einrichtung einer Arbeitsgruppe an.

Beschlossen wurde am Dienstag auch die seit Monaten angekündigte 3,2 Mrd. Euro schwere Steuerreform. Wer Steuern zahlt, darf sich demnach auf den Lohnzettel nach Ostern freuen: Die Steuerreform tritt noch vorher rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft. Der größte Brocken (2,4 Mrd. Euro.) macht die Tarifreform aus, 510 Mill. Euro kommen Familien mit Kindern zugute, 100 Mill. Euro wird die Spendenabsetzbarkeit kosten. Das bis zuletzt bei der SPÖ umstrittene Unternehmerpaket kommt wie geplant: Es macht 150 Mill. Euro (ohne Gegenfinanzierung) aus. Gestrichen wurde die steuerliche Privilegierung von Aktienoptionen für Manager.

Leihoma wird absetzbar

Bei der Definition darüber, welche Kinderbetreuung künftig abgesetzt werden kann, hat sich hingegen die SPÖ durchgesetzt: Abgesetzt werden dürfen neben Kindergärten, Hort, Krippen oder Tagesmüttern, Au-Pairs und Nachmittagsbetreuung auch die Kosten für Babysitter oder Leihomas, soweit diese „pädagogisch qualifiziert“ sind. Auf die Qualifikation hatte die SPÖ beharrt, die ÖVP wollte einen weiteren Begriff wählen. Wie die Qualifikation definiert wird, soll ebenfalls in den kommenden Wochen festgelegt werden. Laut Pröll könnte es eigene Kurse für Betreuer geben. Freuen dürfen sich übrigens auch Gläubige: Wer Kirchensteuer bezahlt, darf künftig 200 statt derzeit 100 Euro in der Arbeitnehmerveranlagung geltend machen. Kostenpunkt: 20 bis 30 Millionen Euro. Bis ins Wiener Rathaus hat sich der Kuschelkurs nicht herumgesprochen. Bürgermeister Michael Häupl störte die Eintracht durch die Ankündigung, eine Verfassungsklage gegen die Steuerreform einzubringen. Der Stadtchef fürchtet, dass die Großzügigkeit der Regierung auch die Einnahmen Wiens schmälern wird

© SN/SW